Mein
NEWSLETTER

Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisabgeordneter für MSP & MIL
Betreuungsabgeordneter für WÜ & AB

Juni 2018

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

jede Menge los war im Wonnemonat Mai.

Obwohl noch Pfingstferien sind und drei Feiertage die Schwüle des Mai etwas angenehmer machen, kommt die Welt nicht zur Ruhe. In Italien versprechen sie das Blaue vom Himmel und wissen zugleich, dass es unbezahlbar ist. Präsident Trump ist weiterhin ganz normal, nämlich unberechenbar und mit einem Fingerspitzengefühl von einer Herde Elefanten ausgestattet, wobei ich wahrscheinlich gerade die Elefanten beleidigt habe und mich in aller Form bei ihnen entschuldige. Und in Deutschland sind alle im Fieber der Datenschutzgrundverordnung oder treffen sich bei bunten Bildern auf der Zugspitze.

Auch in **Gemünden** war **im Mai** viel los: Der **Weg in die Fußgängerzone** und damit **zu meinem Bürgerbüro** ist ein Stück weit vom groben Pflaster befreit und für viele besser zu gehen. **Dank sei der SPD**, die das vor zwei Jahren beantragt hat.

Viele Vertreter der Kirchen und Zivilgesellschaft haben einen offenen Brief an die CSU geschrieben, weil diese nämlich gar nicht christlich und sozial handelt. Ich empfehle Ihnen einen Blick in die Bergpredigt. Da sagt Jesus zum Schluss: „Wer diese meine Worte hört und danach handelt, der ist ein kluger Mann, denn er hat sein Haus auf Fels gebaut“.

Entscheidend ist nicht nur das Hören, sondern auch das Tun. Das ist schwieriger, weil es länger dauert. Oder anders gesagt: An den Taten wird man sie messen können. In diesem Sinne, mit viel Tatendrang auf in den Juni mit einer hoffentlich schönen und erfolgreichen Fußballweltmeisterschaft.

Herzlichst Ihr/ Euer

Bernd Rützel

INHALT

2 **Klartext: Faire Mobilität statt Wilder Westen**

3 **Sachgrundlose Befristung abschaffen**

4 **Unterwegs in Unterfranken und Berlin**

9 **Sophies Post aus den USA**

10 **Gastbeiträge der MdLs**

KONTAKT/IMPRESSUM

Bürgerbüro Gemünden
Obertorstraße 13
97737 Gemünden
Tel. 09351 6036563
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 73434
bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB
Obertorstr. 13, 97737 Gemünden

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin

CHRISTI HIMMELFAHRT IN MSP

Christi Himmelfahrt: Ein Feiertag wie ich ihn liebe. Verantwortlich dafür sind nicht nur der religiöse Hintergrund und das gesellschaftliche Brauchtum in Form des Vatertages, sondern auch die vielen traditionsreichen Feste, die an diesem Tag in unserer Region gefeiert werden.

Das **Heimat- und Bürgerfest in Arnstein** gehört schon lange zu den festen Terminen in meinem Kalender. Gottesdienst, Festzug, Salutschüsse und Bieranstich — heuer mit **MdL Kathi Petersen**.

Gute Tradition hat auch das **Waldfest der SPD Zellingen**. Hunderte Besucher trotzten der Wettervorhersage und machten ihren Feiertagsausflug zum Waldfest am Geschworenentisch. Und sie wurden belohnt: Kein Regen und kein Gewitter trübte die gute Stimmung.

KLR TXT

FAIRE MOBILITÄT STATT WILDER WESTEN

Im Transportwesen geht es oft ungerecht zu. Das bekommen zurzeit vor allem unsere LKW-Fahrerinnen und –Fahrer zu spüren. Sie sind Leidtragende des europaweiten Konkurrenzdrucks. Gemeinsam mit Kollegen des Bundestages und des Europaparlaments setze ich mich für eine Verbesserung ihrer Situation ein.

Unsere Forderungen:

Im Rahmen der Regelung von Lenk- und Ruhezeiten muss gewährleistet werden, dass zum Schutz der Beschäftigten nach spätestens drei Wochen Einsatz eine vorläufige Rückkehrpflicht in deren Heimatland vorgeschrieben wird.

Die neue Entsenderichtlinie muss auch im Transportgewerbe ab dem 1. Tag gelten.

Die Übernahme eines Transports bei Kabotage durch ausländische Beschäftigte wollen wir auf zwei Tage begrenzen. Danach sollen Fahrer und Fahrzeug entweder im länderübergreifenden Transport eingesetzt werden oder auf direktem Wege ins Ursprungsland.

Damit die Neuregelungen besser kontrolliert werden können, als dies bisher der Fall ist, plädieren wir für die schnelle Einführung elektronischer Frachtbriefe und digitaler Tachographen.

Ziel ist es nicht, ausländische Kraftfahrer vom deutschen Markt auszuschließen. Unser Recht und unsere Standards müssen aber auch für sie gelten.

Alle meine Positionen finden Sie auf www.bernd-ruetzel.de

Mein
NEWSLETTER
aus Unterfranken & Berlin

SACHGRUNDLOSE BEFRISTUNG ABSCHAFFEN

27. April 2018, 01:03 Uhr im Reichstag in Berlin! Das war bisher meine späteste Rede - oder vielleicht auch die früheste. Voller Einsatz für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung!

Und so sieht das dann im Plenarprotokoll aus:

Bernd Rützel (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich prinzipiell, wenn sich die Erkenntnis durchsetzt, dass Befristungen unbedingt begrenzt werden müssen.

(Beifall der Abg. Daniela Kolbe [SPD])

Ich freue mich, dass vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die jetzt darunter leiden, dass sie ihren Lebensplan nicht so gestalten können, wie sie das wollen, dass sie keine Familien gründen oder keine Wohnung kaufen können, weil sie oftmals keinen Kredit bekommen, geholfen wird, besser planen zu können. Viele fühlen sich als Menschen zweiter Klasse. Sie haben Angst, ob ihr Vertrag verlängert wird. Sie engagieren sich selten für den Betriebsrat und leisten oftmals unbezahlte Mehrarbeit. Es kann und darf nicht sein, dass Beschäftigte über Jahre hinweg von einer Befristung in die nächste stolpern. Es darf nicht sein, dass diese Unsicherheit endlos ist.

Jetzt lese ich in Ihrem Entwurf, dass Sie die Kettenbefristung reduzieren möchten. Handwerklich ist er – ich möchte das schön ausdrücken – nicht gut gemacht.

(Ulli Nissen [SPD]: Alle nicht!)

Sie kommen auch leider viel zu spät; denn in den Koalitionsverhandlungen haben wir verabredet, dass es künftig keine Befristungen mehr geben kann, wenn man mit demselben Arbeitgeber vorher ein unbefristetes Arbeitsverhältnis abgeschlossen hatte oder bereits ein oder mehrere Arbeitsverhältnisse – bis zu einer Gesamtdauer von fünf Jahren – vorlagen; wir haben das schon öfters gehört. Diese Höchstdauer erstrecken wir auch auf vorherige Entleihungen. Wir nehmen also auch die Leiharbeiter in diese Regelung hinein. Das ist ganz wichtig. Das ist ein Meilenstein. Ein erneutes befristetes Arbeitsverhältnis mit demselben Arbeitgeber ist dann erst nach drei Jahren wieder möglich. Nach einem unbefristeten Arbeitsverhältnis kann kein befristeter Vertrag mehr abgeschlossen werden. Das ist ein Riesenvorteil. Ich freue mich, dass wir das umsetzen werden.

(Beifall bei der SPD)

Sie schreiben in Ihrem Gesetzentwurf, man könne davon ausgehen, dass auch eine sachgrundlose Befristung immer vor dem Hintergrund einer betrieblichen Überlegung und daher aus sachlichem Grund erfolgt. Das steht auf Seite 6 Ihres Gesetzentwurfs. So blauäugig wäre ich diesbezüglich nicht. Ich sehe das nicht so, dass Befristungen immer vor dem Hintergrund einer betrieblichen Überlegung und damit aus sachlichem Grund erfolgen. Es ist nicht in Ordnung, wenn ein Arbeitgeber das anspricht.

Mein Anspruch an die Politik ist, dass wir Leitplanken setzen und sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer innerhalb dieser Leitplanken gut bewegen können. Ich möchte, dass sie damit gut fahren.

Das IAB hat uns bestätigt, dass wir mit diesen im Koalitionsvertrag vorgesehenen Änderungen den größten Eingriff in das Befristungsrecht seit 1985 vornehmen. Das nutzt 400 000 Menschen. 1985 bin ich selber als Jugendvertreter auf die Straße gegangen und habe gegen die von Helmut Kohl geplante Einführung der sachgrundlosen Befristung demonstriert. Damals waren Sie,

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin

Herr Kleinwächter – Sie können nichts dafür –, noch nicht geboren.

Wir werden die Höchstdauer für sachgrundlose Befristungen von 24 auf 18 Monate verkürzen. Insgesamt ist das ein wichtiger Meilenstein, über den wir in der SPD lange und gut diskutiert haben. Dieses Thema hat uns angetrieben, in die Koalition zu gehen. Ich freue mich, dass wir das umsetzen. Das wird vielen Menschen in diesem Land helfen. Das ist ein Weg in Richtung einer arbeitnehmerfreundlichen Politik. Das gilt leider nicht für Ihren Gesetzentwurf.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Reden:
www.bernd-ruetzel.de/politik/reden

Herzlichen Glückwunsch zu **20 Jahre „Herzog von Franken“**-Bier! Hier sind die Verwendung regionaler Produkte, Handwerk und Leidenschaft miteinander vereint — und das schmeckt man! Ein Prost auf die nächsten 20 Jahre.

EINSATZ FÜR GESCHWINDIGKEITSBESCHRÄNKUNG VOR ORTSANBINDUNG IN WERNFELD

Auf Bitten von Wernfelder Bürgern habe ich mir die Verkehrssituation an der B 26 vor der Ortsein- und ausfahrt in der Nähe des Friedhofs angesehen und mich im Anschluss an das Straßenbauamt gewandt.

Die Sorgen der Wernfelder sind berechtigt. Man darf nicht warten, bis an dieser Stelle der sehr stark befahrenen Bundesstraße wieder ein Unglück passiert. Da muss etwas geschehen. Ich plädiere für eine Reduzierung auf 70 Stundenkilometer.

Bei vergleichbaren Verkehrsregelungen, beispielsweise in Veitshöchheim oder bei Himmelstadt sind an der Abbiegespur und an den Ortsanbindungen Geschwindigkeitsreduzierungen auf 80 bzw. 70 km/h angeordnet. Dagegen können die Autofahrer aus beiden Richtungen an der Abbiegespur und der Ein- und Ausfahrt am südöstlichen Ortsrand von Wernfeld mit 100 km/h vorbeifahren.

Bei einer Besichtigung vor Ort waren über 30 Wernfelder Einwohner anwesend, die über die Schwierigkeiten bei der Einfahrt in die B 26 berichteten.

Mein
NEWSLETTER
aus Unterfranken & Berlin

FRAKTION VOR ORT AM 20.6.2018 IN FRAMMERSBACH

Kommunen sind die Heimat der Menschen und das Fundament des Staates. Seit jeher hat sich die SPD-Bundestagsfraktion als Anwältin der Kommunen verstanden und für eine stärkere Beachtung der vielfältigen kommunalpolitischen Herausforderungen im Bundestag eingesetzt.

So gilt unser Einsatz als SPD-Bundestagsfraktion der Verbesserung der **kommunalen Finanzlage** und höheren Investitionen in eine **moderne Infrastruktur**, damit die Menschen in diesem Land unabhängig von ihrem Wohnort **gleichwertige Entwicklungschancen und Lebensverhältnisse** haben.

Unser Ziel: Die ländlichen Räume weiter stärken und Regionen und Städte zukunftsfest machen!

Dass da in Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen vieles einfacher und leichter geht, liegt auf der Hand. Gleichzeitig zeigt sich, dass zwischen diesen drei politischen Handlungsebenen deutliche Grenzen bestehen – nicht nur im räumlich-geographischen Sinne (z.B. Landesgrenzen betreffend) sondern auch mit Blick auf die Möglichkeiten praktischen Verwaltungshandelns: Seien es Probleme beim Schulwechsel vor dem Hintergrund unterschiedlicher Anforderungen in verschiedenen Schulsystemen oder zur Sicherstellung der Notfallversorgung über Landesgrenzen hinweg oder Problemstellungen aufgrund unterschiedlicher Tarife aneinander angrenzender Verkehrsverbünde im Grenzgebiet etc.

Diese und weitere Fragen möchte ich gerne gemeinsam mit meiner lieben Kollegin **MdB Bettina Müller und Ihnen** am Beispiel der überwiegend ländlich geprägten und am Rand eines Bundeslandes gelegenen Kommunen und Landkreise – wie **Main-Spessart und Main-Kinzig** – diskutieren.

Kommen Sie vorbei und schildern Sie Ihre Erfahrungen:

Am **20. Juni 2018**
um **19:30 Uhr**
im **Wirtshaus 1890**
(Jahnstraße 1)
in **Frammersbach**

Mein
NEWSLETTER
aus Unterfranken & Berlin

DISKUSSION AM FRIEDRICH-KÖNIG-GYMNASIUM IN WÜRZBURG

Passend zu den heutigen Interessen junger Menschen, stand das Thema „**Demokratische Wahlen in Zeiten von Wahlmanipulation über soziale Medien**“ im Mittelpunkt des Gesprächs mit Schülerinnen und Schülern der Oberstufe Q11/Q12 des Friedrich-König-Gymnasiums in Würzburg.

Dass über die sozialen Medien der Manipulation Tür und Tor geöffnet ist, verdeutlichte ich mit Blick auf die mutmaßliche russische Einflussnahme auf die US-Präsidentenwahl 2016 über Facebook, Google, Twitter und Co. Für umso wichtiger halte ich es, dass man die Informationen, die aus den sozialen Medien bezogen werden, richtig einordnet und gegenprüft. Wir erleben eine Informationsflut, in der zunehmend fake news und sogenannte Alternative Fakten verbreitet werden. Angesichts dessen ist kritisches Hinterfragen das Gebot der Stunde. Das gilt zwar für alle Nutzer, aber insbesondere für Jugendliche, von denen 85 Prozent täglich Soziale Netzwerke besuchen und nutzen, wie eine Studie unlängst ermittelt hat.

Ganz grundsätzlich liegt mir der **regelmäßige Austausch mit Schülerinnen und Schülern** sehr am Herzen. Gerade junge Menschen müssen politische Entscheidungen am längsten mittragen. Was passiert, wenn sich die jungen Generationen nicht einmischen, haben wir unmittelbar an der Entscheidung zum Brexit erlebt. Bei der Abstimmung stimmten zwar 75 Prozent der 18- bis 24-Jährigen für den Verbleib Großbritanniens in der EU, doch nur 36 Prozent machten überhaupt ihr Kreuzchen. Folgerichtig sprach ich mich auf Nachfrage auch für ein **Wahlrecht ab 16 Jahren** aus.

Angesprochen auf die **aktuelle Pflegesituation** stellte ich fest, dass wir alle einmal gepflegt werden wollen - ob nun im Alter oder nach einem Unfall. Deswegen ist es wichtig, dass wir für das Pflegepersonal bessere Arbeitsbedingungen schaffen und einen Flächentarifvertrag vereinbaren, mit dem bessere Rahmenbedingungen eingehalten werden müssen.

Warum die **Umsetzung politischer Vorhaben** mitunter lange dauert, erklärte ich auf Nachfrage am Beispiel der Einführung des Mindestlohns, den ich für die SPD-Fraktion verhandelt habe. In einer Demokratie sind zahlreiche Schritte notwendig und das ist auch gut so: Vom Erarbeiten und Abwägen zahlreicher Argumente über die Information der Menschen und den Kampf um Mehrheiten bis zum Kompromiss ist es ein meist ein langer Weg.

Die zahlreichen kritischen Fragen und durchweg aktive und konstruktive Diskussion der Schülerinnen und Schüler waren mein positives Fazit nach zwei Unterrichtsstunden voller Politik.

Mein
NEWSLETTER
aus Unterfranken & Berlin

BEIM BERUFSKRAFTFAHRER-KREIS ASCHAFFENBURG-MILTENBERG

Diskussion zum EU-Mobility-Package zusammen mit **Ismail Ertug MdEP (**Mitte) und meinem Bundestagskollegen **Udo Schiefner** (2. v. r.) beim gut besuchten Treffen des **Berufskraftfahrer-Kreises Aschaffenburg-Miltenberg**. Es geht darum, den europäischen Straßengüterverkehr zu modernisieren und auf einen fairen und sozialen Wettbewerb auszurichten.

Aber das sehen nicht alle so und deshalb ist es gut, dass sich die Fernfahrer organisieren. Für mich ist klar: Die Lenk- und Ruhezeiten müssen eingehalten werden. Nach drei Wochen muss es zurück gehen ins Heimatland, die Entsenderichtlinie muss ab dem ersten Tag gelten und nach zwei Tagen muss die Kabotage vorbei sein.

TREFFEN MIT VERTRETERN DER EVANGELISCHEN KIRCHE UND DIAKONIE

Die aktuelle Personalsituation im Pflegebereich in Deutschland und eine bessere Ausstattung waren die Themen, die ich gemeinsam mit dem SPD-Bezirksvorstand Unterfranken beim Treffen mit den Dekanen der evangelischen Kirche aus Würzburg, Schweinfurt und Bad Neustadt sowie Vertretern des Diakonischen Werkes in Karlstadt besprach.

Anschaulich beschrieben die anwesenden Praktiker die Probleme, die gerade in sozialen Berufen drängend sind: Oftmals sind die Arbeitsbedingungen nicht sonderlich attraktiv, weshalb es an Nachwuchs mangelt. Zudem werde der Pflegebereich zunehmend zur Profitmaximierung zulasten der Betroffenen und Beschäftigten genutzt. Daraus folgend hat sich im Pflegebereich ein regelrechter Wettbewerb um qualifiziertes Personal entwickelt. Auch die Kinderbetreuung ist davon betroffen. In Deutschland fehlen aktuell etwa 100.000 Erzieherinnen und Erzieher.

Mit diesem Hintergrund erklärt sich, weshalb gemeinnützige Träger, wie die Evangelische Kirche, die sich am Wohl jedes einzelnen Menschen und nicht am Profit orientieren, so wichtig für unsere Gesellschaft sind. Als Mitglied im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales betonte ich, dass ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag wichtig und ein Garant dafür ist, dass es aufgrund gleicher Löhne nicht zum Dumpingwettbewerb kommt.

Das Gespräch hat gezeigt, dass SPD und evangelische Kirche in Unterfranken gemeinsame Werte teilen. Auch in Zukunft wollen wir uns zu den besprochenen Bereichen austauschen.

Mein
NEWSLETTER
aus Unterfranken & Berlin

STRAßENBAHNFÖRDERUNG IN BAYERN

Straßenbahnprojekte sind eine teure Sache, weshalb die ausführenden Kommunen auf finanzielle Unterstützung von Bund und Land angewiesen sind.

Eine Förderung erhalten Städte aber bisher nur, wenn die Straßenbahn dann auf einem eigenen Gleiskörper neben der Straße fährt. In historisch gewachsenen Städten, wie Würzburg, Nürnberg, München oder Regensburg, ist dies meist nicht möglich. Hier teilt sich die Straßenbahn die Straße mit Autos oder Fußgängern. Eine Reform des Vergabeverfahrens für die entsprechenden Fördermittel muss also her. Darüber sprach ich auf Einladung des Würzburger SPD-Landtagsabgeordneten Georg Rosenthal mit Vertretern der zuständigen Unternehmen aus München, Nürnberg, Würzburg und Regensburg.

Die Probleme sind allerorten die gleichen: Während die Fahrgastzahlen in den letzten Jahren stetig steigen und der Ausbau der Netze diskutiert und geplant wird, sinken die Zuschüsse.

Um unseren Öffentlichen Nahverkehr für die Zukunft fit zu machen, müssen wir so bald wie möglich über eine Neuordnung der Förderverfahren sprechen. Denn bereits heute wird für das Jahr 2030 und darüber hinaus geplant. Eine stärkeres Engagement von Bund und Freistaat sind in jedem Fall angebracht. Wir bleiben am Thema dran.

BETRIEBS- UND PERSONALRÄTE-GESPRÄCH AM 21.6.2018

Herzliche Einladung an alle Interessierten zum nächsten Betriebs- und Personalrätegespräch am Donnerstag, den **21. Juni 2018**.

Als hochkarätige Gastreferentin wird diesmal **Dr. Beate Beermann - Fachbereichsleiterin in der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA)**, zum Thema **„Auswirkungen des Wandels der Arbeitswelt auf die Beschäftigten im Erwerbsleben“** in die Diskussion einführen.

Die Forschungseinrichtung, die dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) zugehörig ist, zeichnet sich zuständig für alle Fragen von Sicherheit und Gesundheit sowie der menschengerechten Gestaltung von Arbeit. Fragen also, die über die Jahre nicht an Bedeutung verloren, sondern sich allenfalls in ihren Ursachen und Symptomen verändert haben, wie am Beispiel stetig zunehmender psychischer Erkrankungen am Arbeitsplatz deutlich wird.

Los geht‘s um 17.00 Uhr im Gasthaus Schönbrunnen in Lohr a. Main, Hauptstraße 28 (Fußgängerzone).

Mein
NEWSLETTER
aus Unterfranken & Berlin

SOPHIES POST AUS DEN USA

Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – das ermöglicht das Parlamentarische Patenschafts-programm (PPP). Auf meine Einladung mit dabei: Sophie Maier aus Bischbrunn. Hier ihr aktueller Bericht:

Endlich ist auch der Sommer in Seattle angekommen! Bei sommerlichen 30 Grad genieße ich jede freie Minute hier im Staat Washington. Da Kajak fahren auf dem South Lake Union für jeden echten „Seattler“ ein Muss ist, habe ich den ersten sonnigen Tag gleich dafür genutzt. Mit einem atemberaubenden Blick auf die Seattle Skyline, den vielen Hausbooten und den Gasworks Park verbrachte ich den Tag auf dem Wasser.

Auch bekannt für den Staat Washington sind die vielen Tulpenfelder im Norden. Im Monat April beginnen die Felder zu blühen und alles riecht nach frischen Tulpen. Jeden Tag werden hier Feste in Mitten der Tulpenfelder gefeiert, zu denen Besucher aus ganz Washington und auch Kanada kommen. Dabei dürfen dann natürlich auch die typisch amerikanischen Hot Dogs, Popcorn und gegrillter Mais nicht fehlen.

Finally - summer in Seattle! At 30 degrees I enjoy every free minute here in the state of Washington. Since kayaking on the South Lake Union is a must for any real Seattle resident, I used the first sunny day right away. With a breathtaking view of the Seattle skyline, the many houseboats and the Gasworks Park, I spent the day on the water. Also known for the state of Washington are the many tulip fields in the north. In the month of April the fields start to bloom and everything smells like fresh tulips. Every day, celebrations take place in the middle of the tulip fields, which attract visitors from all over Washington and Canada. Of course, you should not miss the typical American hot dogs, popcorn and grilled corn.

Alle Texte meiner PPP-Stipendiatinnen unter www.bernd-ruetzel.de

Mein
NEWSLETTER
aus Unterfranken & Berlin

GASTBEITRÄGE UNSERER MdLs

Volkmar Halbleib

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter für Stadt und Landkreis Kitzingen

Dramatische Überstundensituation bei der unterfränkischen Polizei

Liebe Leserinnen und Leser,

die Anfrage der SPD-Landtagsfraktion hat es ans Licht gebracht: So viele Überstunden wie derzeit hat die unterfränkische Polizei noch nie angesammelt. Im letzten Jahr summierte sich der dramatische Zuwachs an Mehrstunden zu einem neuen, absoluten Rekordhoch.

Konkret sammelten die unterfränkischen Polizeibeamten, so die Antwort der Regierung auf die Anfrage, im vergangenen Jahr 108.505 Überstunden an. Das entspricht einem Zuwachs von 11,4 Prozent gegenüber 2016. Bayernweit kamen die Polizistinnen und Polizisten auf insgesamt 2.210.650 Überstunden. Das bedeutet eine Steigerung um elf Prozent. Unterfranken liegt mit der Höhe seiner Überstunden also leicht über dem Durchschnitt für Gesamtbayern.

Für Markus Rinderspacher und mich war diese Statistik Anlass genug, um in einem Schreiben an den bayerischen Innenminister Joachim Herrmann einer großen Sorge Ausdruck zu geben: Die seit geraumer Zeit angekündigte Entlastung unserer Polizei in Unterfranken greift offensichtlich nicht. Im Gegenteil drängt sich für uns geradezu der Eindruck auf, dass viel zu wenig Personal in den Polizeiinspektionen Unterfrankens mit zu vielen Aufgaben belastet ist. Die hohe Motivation und Leistungsbereitschaft unserer Polizistinnen und Polizisten wird deutlich überstrapaziert.

Die aktuellen Zahlen stehen auch im krassen Gegensatz zu den Aussagen von Innen-Staatssekretär Gerhard Eck. Eck hatte die Kritik der Polizeigewerkschaft an den umstrittenen Reiterstaffeln mit dem Hinweis auf die gute Situation der unterfränkischen Polizei zurückgewiesen. Eine Aussage, die stutzig machen muss, zeigt doch der aktuelle Überstunden-Rekord der unterfränkischen Polizei ganz eindeutig, dass Eck und Hermann gut beraten wären, endlich die tatsächliche personelle Situation der Polizei in Unterfranken zu registrieren und die dringende notwendige Verbesserung anzumahnen. Für mich ist klar: „Wir brauchen mehr Polizisten statt Pferde!“

Ihr/Euer

Volkmar Halbleib

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL
Semmelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030
buergerbuero-halbleib@t-online.de

Martina Fehlner

Tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordnete für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost und Miltenberg

Ökonomie und Ökologie müssen miteinander einhergehen

Liebe Leserinnen und Leser,

bestimmt haben auch Sie das Aufblühen der Natur in den letzten Wochen genossen – bei einem Frühlingsspaziergang in den Weinbergen, einer Wanderung

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin

im Spessart oder beim entspannten „Anradeln“ am Mainufer.

Malerische Landschaften und bezaubernde Naturschätze machen unsere Region zu einer der schönsten in ganz Bayern. Deshalb tragen wir auch eine ganz besondere Verantwortung dafür, eine intakte Umwelt für künftige Generationen zu bewahren. So zeigt das Beispiel des Bienensterbens, das bereits seit Jahren fortschreitet, wie verletzlich unser Ökosystem ist. Denn die fleißigen Insekten produzieren nicht nur wohlschmeckenden Honig. Sie tragen auch zum Erhalt der Artenvielfalt bei. Und: Indem sie den Großteil unserer Nutz- und Kulturpflanzen bestäuben, machen sie es erst möglich, dass von unseren Bäumen und Feldern geerntet werden kann. Sterben die Bienen, hat das Auswirkungen nicht nur auf die landwirtschaftlichen Erträge, sondern für vieles andere mehr.

Das Verbot sogenannter Neonicotinoide für den Einsatz im Freiland, das jetzt von der EU europaweit verfügt wurde, ist daher ein wichtiger, erster Schritt. Welche Maßnahmen noch für einen langfristigen Schutz der Bienen notwendig sind, darüber haben wir mit Imkern, Naturschutzverbänden und Interessierten bei unserem Imkerempfang in Waldaschaff ausführlich diskutiert.

Ein anderes wichtiges Thema ist die Qualität unserer Gewässer. Kürzlich sorgte die Meldung für Aufsehen, dass auch bayerische Gewässer mit multiresistenten Keimen belastet sind. Diese gefährlichen Erreger haben in unseren Seen, Flüssen und Bädern nichts zu suchen. Jetzt ist die Landesregierung gefordert, schnell und wirkungsvoll zu handeln: Noch vor Beginn des Sommers müssen unsere heimischen Badegewässer lückenlos überprüft werden. Außerdem müssen wirkungsvolle Maßnahmen entwickelt werden, um Seen, Flüsse und Naturbäder künftig von solchen Erregern freizuhalten.

Generell fordern wir, dass eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung immer auch nachhaltig sein muss und Umweltbelange in ausreichendem Maße einbeziehen muss. Ökonomie und Ökologie dürfen nicht gegeneinander stehen, sondern müssen miteinander einhergehen. Für eine lebenswerte Zukunft. Dafür setzen wir uns ein.

Herzlichst,
Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244|Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlner.de

GEORG ROSENTHAL

Unterfrankensprecher
in der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordneter für Würzburg-Stadt

Betreuungsabgeordneter für MSP

Übertriebenes Wirtschaftlichkeitsdenken hat in den Kreißsälen nichts verloren

Traurig, aber wahr: Dass in deutschen Kreißsälen drei bis vier Geburten gleichzeitig ablaufen, ist nach Angaben des Deutschen Hebammenverbands keine Seltenheit.

In der Antwort auf meine Anfrage an das bayerische Gesundheitsministerium wird deutlich warum das so ist: Seit 2007 haben allein in Unterfranken drei Geburtsstationen dichtgemacht. Weder im Landkreis Main-Spessart noch im Landkreis Würzburg gibt es in einem Krankenhaus die Möglichkeit, ein Kind zu gebären. Entsprechend hoch sind die Geburtenzahlen in den beiden Würzburger

Mein
NEWSLETTER
aus Unterfranken & Berlin

Geburtsstationen. Das Kaputtsparen im Gesundheitswesen hat ausgerechnet einen Bereich mit voller Wucht erwischt, der sich jedem Wirtschaftlichkeitsdenken versperrt: die Kreißsäle.

Besonders betroffen ist der Landkreis Main-Spessart, wo es vor der Krankenhausreform sowohl in den Kliniken Marktheidenfeld, Lohr sowie Karlstadt eine eigene Geburtshilfestation gegeben hat. Zentralisiert nach Karlstadt, wurde auch diese 2012 geschlossen. Die einzige Geburtsstation im Landkreis Würzburg traf es bereits 2008. Im Gegenzug steigt die Anzahl an Hebammen, die in ambulanten Einrichtungen tätig sind, die also einen Großteil der Geburt und der Nachsorge zu Hause anbieten: In Würzburg sind es 2016 79 (2009 58), im Landkreis Würzburg 44 (38) und in MSP 33 (31).

In seiner Antwort stellt das Gesundheitsministerium selbst fest, dass „eine Versorgungsstruktur" das Ziel sein müsse, die „es Frauen ermöglicht, im eigenen Landkreis oder in einer unmittelbar angrenzenden kreisfreien Stadt zu entbinden." Zumindest für den Landkreis Main-Spessart trifft dies nicht zu. Äußerst zweifelhaft ist auch, ob bei Anfahrtzeiten von bis 45 Minuten aus manchen Gemeinden des Ostspessarts tatsächlich noch von einer „zumutbaren Entfernung" die Rede sein kann.

Auch fällt es den Kliniken immer schwerer, geeignetes Personal zu finden. Die Zahl der freiberuflichen und angestellten Hebammen ist zwar von 2004 bis 2016 von 2400 auf 3700 gestiegen. Gleichzeitig müssen jedoch in Bayern Geburtsstationen wegen Personalmangels zeitweise schließen. Bei einem Beitrag von 7639 Euro, die eine selbstständige Hebamme im Juli 2017 (noch 2007 waren es 1587 Euro) für ihre Haftpflichtversicherung aufzubringen hatte, ist dies kaum verwunderlich. Gerade Hebammen, die eine außerklinische Geburtshilfe anbieten, können dies oft kaum aufbringen. Hier könnte ein Haftpflichtfonds Abhilfe schaffen.

Der Neugeborenen-Boom der letzten Jahre zeigt, dass sich etwas tun muss — und das so bald wie möglich.

Ihr/ Euer

Georg Rosenthal

Abgeordnetenbüro Georg Rosenthal, MdL
Semmelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 99110 161 | Fax: 0931 99110 162
buergerbuero@georg-rosenthal.de

LUST AUF EIN JAHR IN DEN USA?

Schülerinnen, Schüler und junge Berufstätige können sich jetzt für ein Stipendium des Bundestages bewerben.

Ich habe bereits fünf Patenschaften für dieses Projekt übernommen und möchte gerne auch 2019/20 einen jungen Menschen im Auslandsjahr in den USA begleiten. Die deutschen Schülerinnen und Schüler besuchen in den USA eine High School, die jungen Berufstätigen gehen auf ein College und absolvieren anschließend ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb. Die Stipendiaten leben während des Austauschjahres in Gastfamilien.

Bis zum 14. September 2018 läuft die Bewerbungsfrist. Alle weiteren Infos gibt es auf www.bundestag.de/ppp und in meinem Gemündener Wahlkreisbüro.